

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 EUR	Ansatz 2012 EUR	mehr (+) weniger (-) 2013 EUR	IST 2011 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

04 020 Allgemeine Bewilligungen
E i n n a h m e n
Verwaltungseinnahmen

111 10	052	Einnahmen aus dem Registerportal.	3 400 000	3 000 000	+400 000	4 103
111 12	052	Einnahmen aus dem Zwangsversteigerungsportal.	—	—	—	—
111 13	052	Einnahmen für Auskünfte aus dem gemeinsamen Vollstreckungsportal der Länder.	—	—	—	—
119 01	052	Vermischte Einnahmen.	200 000	300 000	-100 000	108
119 02	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 12.	—	—	—	—
119 03	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 526 30.	—	—	—	2
119 04	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete. Siehe Vermerke bei Titel 546 04.	—	—	—	2 617
124 00	011	Einnahmen aus der Überlassung von Stellplätzen bei Landesbehörden.	—	—	—	14
132 01	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen. . .	—	—	—	3

Übrige Einnahmen

235 00	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 427 02.	—	—	—	—
236 00	253	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit. Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titel 427 50 zu.	—	—	—	—
236 10	251	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Mehraufwandsentschädigung nach § 16d SGB II.	—	—	—	—
272 00	012	Projektbezogene Finanzhilfen aus EU-Förderprogrammen. Siehe Haushaltsvermerke bei Titel 525 50.	—	—	—	—
286 10	056	Erstattungen des Europarats im Rahmen des Projekts Twinning of Prisons.	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titel 111 10:

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Registerportal.

Zu Titel 111 12:

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Zwangsversteigerungsportal.

Zu Titel 111 13:

Einnahmen für die Erteilung von Auskünften aus dem Vollstreckungsportal nach §§ 802k Abs. 1 Satz 2, 882h Abs. 1 Satz 2 und 3 der Zivilprozessordnung, § 6 Abs. 1 der Schuldnerverzeichnisverordnung und § 7 Abs. 1 Satz 1 der Vermögensverzeichnisverordnung. Das gemeinsame Vollstreckungsportal befindet sich im Aufbau. Zur Höhe der Einnahmen liegen daher noch keine Erkenntnisse vor. Vor diesem Hintergrund ist zunächst ein Strichansatz vorgesehen.

Zu Titel 119 01:

1. Einnahmen aus den Erstattungen von Dritten.	150 000 EUR
2. Erstattungen der JURIS-GmbH für Leistungen der Dokumentationsstelle bei dem OVG Münster.	50 000 EUR
Zusammen.	200 000 EUR

Zu Titel 119 02:

Einnahmen aus Werbeanzeigen in Veröffentlichungen.

Zu Titel 124 00:

Nach dem Gesetz zur Gestellung von im Eigentum oder im Besitz des Landes stehenden Stellplätzen vom 16.12.1998 (GV. NRW. 1998 S. 738) kann von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bereich der Landesverwaltung für die Überlassung von Stellplätzen grundsätzlich ein angemessenes Entgelt verlangt werden. Hierdurch soll ein Beitrag zur umwelt- und sozialverträglichen Gestaltung des Stadtverkehrs durch eine verstärkte Nutzung des öffentlichen Verkehrs bei Fahrten von und zur Dienststelle geleistet werden.

Durch den Erwerb bestimmter Fahrausweise des öffentlichen Nahverkehrs tritt eine Befreiung von der Entgeltspflicht ein. Die Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben aus dem Verkauf/Kauf von Firmentickets erfolgt bei Titel 119 04 bzw. bei Titel 546 04.

Zu Titel 132 01:

Die Erlöse aus der Verwertung ausgesonderter Dienstkraftfahrzeuge sind seit dem Haushalt 2003 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 272 00:

EU-Finanzhilfen zur Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen zu europarechtlichen Themen.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 EUR	Ansatz 2012 EUR	mehr (+) weniger (-) 2013 EUR	IST 2011 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
Titelgruppen					
Titelgruppe 60					
Einnahmen für die Informationstechnik					
111 60 052	Gebühren und tarifliche Entgelte.	9 500 000	8 500 000	+1 000 000	9 734
132 60 052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen. . .	150 000	130 000	+20 000	153
	Summe Titelgruppe 60.	9 650 000	8 630 000	+1 020 000	9 887
Titelgruppe 62					
Einnahmen im Rahmen des Projektes "EU-eJustiz-Portal"					
Siehe Haushaltsvermerk bei Titelgruppe 62 (Ausgaben).					
272 62 052	Zuweisungen der Europäischen Union im Rahmen des Projektes "EU-eJustiz-Portal".	—	—	—	3 744
287 62 052	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland im Rahmen des Projekts "EU-eJustiz-Portal".	—	—	—	115
	Summe Titelgruppe 62.	—	—	—	3 859
	Gesamteinnahmen Kapitel 04 020.	13 250 000	11 930 000	+1 320 000	20 592

Erläuterungen

Zu Titel 111 60:

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Grundbuch. Bis 2010 veranschlagt bei Kapitel 04 020 Titel 111 61.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 EUR	Ansatz 2012 EUR	mehr (+) weniger (-) 2013 EUR	IST 2011 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

A u s g a b e n
Personalausgaben

1. 17 (22) Planstellen/Stellen des Einzelplans 04 sind aufgrund der "Organisationsuntersuchung Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000" wie folgt kw:
- (5) ab 01.01.2011, 12 (12) ab 01.01.2012 und 5 (5) ab 01.01.2013
2. 18 (24) Planstellen/Stellen des Einzelplans - ausgenommen die Fachbereiche (alle Bereiche außer den Verwaltungsbereichen) der Kapitel 04 210 bis 04 410 - sind kw - 1,5 %-ige Stelleneinsparung -, davon - (6) ab 01.01.2011, 6 (6) ab 01.01.2012 und 12 (12) ab 01.01.2013.
3. 48 (72) Planstellen/Stellen des Einzelplans sind kw - 1,5%-ige Stelleneinsparung ab 2010, davon - (-) ab 01.01.2012, - (24) ab 01.01.2013, 24 (24) ab 01.01.2014, 24 (24) ab 01.01.2015.
4. Die Ausgaben der Titel 443 01 und 452 00 sind von der Deckungsfähigkeit nach § 7 Abs. 1 HG ausgenommen.

427 02	253	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Ausgaben dürfen über den Ansatz hinaus insoweit geleistet werden, als entsprechende Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit bei Titel 235 00 zugesichert sind.	20 000	50 000	-30 000	7
427 50	253	Vergütungen und Löhne für Aushilfen für die Durchführung von Altersteilzeit nach dem Altersteilzeitgesetz. . . . Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 236 00.	—	—	—	—
441 01	940	Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfenverordnung.	67 210 400	66 035 800	+1 174 600	65 253
441 02	940	Beihilfen in Pflegefällen aufgrund der Beihilfenverordnung	449 700	441 800	+7 900	437
441 03	940	Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen im Bereich der Beamtinnen und Beamten.	81 300	79 900	+1 400	79
441 04	940	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei Inanspruchnahme von Pflegezeit im Bereich pflegebedürftiger Beamtinnen und Beamter bzw. deren Angehörigen.	—	—	—	—
441 05	940	Zuschüsse zur Krankenversicherung bei Inanspruchnahme von Pflegezeit im Bereich pflegebedürftiger Beamtinnen und Beamter bzw. deren Angehörigen.	—	—	—	—
443 01	940	Fürsorgeleistungen.	1 168 000	1 000 300	+167 700	1 081
443 10	940	Kosten für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 443 20.	436 000	544 200	-108 200	404
443 20	940	Ausgaben für das Gesundheitsmanagement. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 443 10.	100 000	—	+100 000	—
452 00	011	Sonstige Erstattungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit.	—	—	—	—
462 13	989	Minderausgaben bei Obergruppe 42.	—	-2 667 600	+2 667 600	—
462 15	989	Minderausgaben aufgrund der Realisierung von kw-Vermerken.	-1 277 500	-1 680 000	+402 500	—

Erläuterungen

Zu den Personalausgaben:

Zu 1:

Die 17 kw-Vermerke sind als Ausgleich für im Kapitel 04 220 im Haushaltsjahr 1992 neu eingerichtete Planstellen und Stellen sowie aufgrund der Organisationsuntersuchung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000 ausgebracht worden. Die vorbezeichneten 22 kw-Vermerke sind aufgrund der vorgesehenen Konzentration im Bereich des Widerspruchsverfahrens um 3 Jahre prolongiert worden. Die Realisierung von 12 (12) dieser kw-Vermerke steht unter dem Vorbehalt der Entwicklung der Eingangszahlen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens.

5 kw-Vermerke "ab 01.01.2011" wurden realisiert im Kapitel 04 220.

Zu 2: 6 kw-Vermerke "ab 01.01.2011" wurden realisiert im Kapitel 04 410.

Zu 3: Zur Entlastung der Stellensituation in der Landesverwaltung sind die kw-Vermerke aufgrund der 1,5%-igen Stelleneinsparung mit der Fälligkeit ab 01.01.2013 gestrichen worden.

Zu Titel 427 02:

Zentrale Veranschlagung des Landesanteils für allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung/Arbeitsförderung im Einzelplan 04.

Zu Titel 427 50:

Fördervoraussetzung für die Leistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der Altersteilzeit ist der Nachweis der Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a Altersteilzeitgesetz. Die erforderlichen Landesmittel für eine Wiederbesetzung der durch Altersteilzeit freigewordenen Stellen werden bei dieser Haushaltsstelle nachgewiesen.

Zu Titel 443 01:

1. Unfallfürsorge für Beamte/Beamtinnen (Richter/Richterinnen) und sonstige Amtsträger nach dem Landesbeamtengesetz.	808 000 EUR
2. Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden.	52 000 EUR
3. Kosten der Röntgenreihenuntersuchungen und der Schutzimpfungen für Bedienstete.	212 000 EUR
4. Sonstiges.	96 000 EUR
Zusammen.	1 168 000 EUR

Die Ausgaben für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst sind seit dem Jahr 2009 bei Titel 443 10 gesondert veranschlagt.

Zu Titel 443 10:

Seit dem Jahr 2009 werden die Mittel für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst zur besseren Haushaltsüberwachung gesondert veranschlagt. Bis 2008 mitveranschlagt bei Titel 443 01.

Zu Titel 452 00:

Erstattung von Arbeitslosengeld an die Bundesagentur für Arbeit sowie Ausgleichszahlungen an die Rentenversicherungsträger zur Vermeidung rentenrechtlicher Nachteile im Rahmen der sog. 58er-Regelung (SGB VI, AFG). Mit Blick auf das Auslaufen der 58er-Regelung wird im Jahr 2012 mit Ausgaben nicht mehr gerechnet.

Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Funkt.- Kennziffer	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
			2013 EUR	2012 EUR	2013 EUR	2011 TEUR
462 16	989	Minderausgaben wegen pauschaler Stelleneinsparung von 1,5 % ab 2010.	—	—	—	—
Sächliche Verwaltungsausgaben						
Die Ausgaben der Hauptgruppe 5, mit Ausnahme der Gruppen 529 und 531 sowie des Titels 546 04, sind gegenseitig deckungsfähig.						
514 10	254	Verbrauchsmittel.	—	—	—	—
518 02	011	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge.	20 000	20 000	—	6
525 01	012	Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten. Verpflichtungsermächtigung: 300 000 EUR.	360 000	360 000	—	283
525 20	011	Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechtswesens. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	125 000	125 000	—	109
525 30	012	Fortbildung der Bediensteten. 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.	1 200 000	1 100 000	+100 000	1 359
525 40	012	Seminare, Workshops und ähnliche Veranstaltungen zur strukturellen Erneuerung in der Justiz. 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.	500 000	500 000	—	359
525 50	012	Fortbildung aus projektbezogenen Finanzhilfen der EU. . 1. (§ 17 Abs. 3 LHO) 2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 272 00 verstärken oder vermindern diesen Ansatz. 3. Bei der Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen.	—	—	—	—
526 10	011	Kosten für empirische Justizforschung. Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.	240 000	240 000	—	164

Erläuterungen

Zu Titel 514 10:

Zur Verbuchung etwaiger Kosten für Bildschirmbrillen.

Zu Titel 518 02:

Veranschlagt insbesondere für die Anmietung von Dolmetschertechnik, die für die Ausrichtung internationaler Fachtagungen geboten ist, sowie für die Anmietung von Fahrzeugen.

Zu Titel 525 01:

Bei diesem Titel werden Mittel veranschlagt für Schulungsmaßnahmen, bei denen der Ausbildungscharakter gegenüber der Fortbildung überwiegt.

Zu Titel 525 20:

Zur Zahlung

- der Kosten, die sich im Zusammenhang mit dem Besuch nordrhein-westfälischer Richterinnen und Richter in der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem, Israel, ergeben.
- der Kosten, die sich aus der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, z.B. mit China, Polen, Ungarn u.a. sowie mit der Region Kurdistan-Irak auf dem Gebiet der Rechtspflege ergeben,
- der Kosten, die durch Gastbesuche anderer ausländischer Juristen oder sonstiger Fachleute zur Unterrichtung über deutsches Recht und deutsche Justizeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen entstehen,
- der Kosten, die sich aus dem europäischen Netzwerk für Fortbildung ergeben (Vermittlung europäischen Rechts, Austausch von Richtern und Staatsanwälten),
- der Kosten, die sich aus der Teilnahme an oder der Ausrichtung von internationalen Fachtagungen und Arbeitssitzungen ergeben (Reise-, Referenten-, Veranstaltungskosten),
- der Kosten, die sich aus der Ausrichtung von rechtspolitischen Veranstaltungen mit europapolitischem Bezug ergeben (Reise-, Referenten-, Veranstaltungskosten).

Zu Titel 525 30:

1. Kosten der vom Justizministerium veranlassten Fortbildungsmaßnahmen.	220 000 EUR
2. Kosten der von der Justizakademie des Landes NRW bzw. von der Fachhochschule für Rechtspflege NRW veranlassten Fortbildungsmaßnahmen.	650 000 EUR
3. Kosten der auf Bezirksebene durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen.	330 000 EUR
Zusammen.	1 200 000 EUR

Veranschlagt sind alle im Zusammenhang mit der Fortbildung des Personals anfallenden Kosten (mit Ausnahme der in den Titeln 525 01 und 525 40 veranschlagten Schulungsmaßnahmen sowie der IT-Fortbildung), insbesondere die anfallenden Vortrags-/Unterrichts- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter (auch der von NRW auszurichtenden Tagungen der Deutschen Richterakademie).

Zu Titel 525 40:

Veranschlagt sind die bei der Durchführung von Schulungsmaßnahmen zur strukturellen Erneuerung der Justiz anfallenden Kosten, insbesondere die Vortrags- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter. Umfasst sind folgende Maßnahmen:

- a) Führungskräftebildung
- b) Organisationsentwicklung und -beratung, Personalentwicklung
- c) Instanzenübergreifende Zusammenarbeit
- d) Controlling,
- e) Qualitätssicherung.

Zu Titel 525 50:

Bei diesem Titel sollen Ausgaben zur Durchführung von seitens der EU geförderten Fortbildungsmaßnahmen zu europarechtlichen Themen geleistet werden. Ausgaben werden nur bis zur Höhe der entsprechenden Einnahmen aus EU-Finanzhilfen geleistet. Diese werden bei Titel 272 00 vereinnahmt.

Zu Titel 526 10:

Die Mittel werden benötigt für die Betreuung interner Untersuchungen sowie externer Forschungsvorhaben, Druckkosten und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben. In den Mitteln sind auch Kosten zur Deckung des Aufwands für Veranstaltungen, insbesondere für Bewirtungs- und Reisekosten von nicht im Justizdienst des Landes NRW stehenden Personen, enthalten.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2013 EUR	2012 EUR	2013 EUR	2011 TEUR
526 30 011	Kosten der NS-Dokumentationsstelle. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden.	50 000	50 000	—	51
526 40 011	Kosten für externe Beratungsleistungen im Rahmen der strukturellen Erneuerung der Justiz.	75 000	75 000	—	38
526 50 011	Ausgaben für die Expertenkommission zur Untersuchung der Justizvollzugsanstalten.	—	—	—	—
529 10 011	Zur Verfügung der Dienststellen und Einrichtungen im Ge- schäftsbereich des Justizministers.	45 500	45 500	—	36
529 20 011	Aufwand für Personalvertretungen. Die Mittel gelten mit der Auszahlung an die Personalvertretungen als ver- ausgabt.	49 500	49 500	—	44
529 30 011	Aufwand der Schwerbehindertenvertretungen. Die Mittel gelten mit der Auszahlung an die Schwerbehindertenvertre- tungen als verausgabt.	5 100	5 100	—	4
531 11 013	Öffentlichkeitsarbeit. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 12.	176 500	176 500	—	130
531 12 013	Veröffentlichungen zur Information der Bürger aus Fach- bereichen des Ministeriums. 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 11. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 02 geleistet werden. 3. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffent- lichungen und sonstiges Informationsmaterial an Dritte unentgeltlich (oder gegen ermäßigtes Entgelt) abgegeben werden, soweit dies im dienstlichen Interesse erforderlich ist.	152 500	152 500	—	136
546 01 011	Vermischte Ausgaben.	109 000	113 000	-4 000	54
546 04 011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrs- unternehmen. 1. (§ 17 Abs. 3 LHO) 2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 04 verstärken oder vermin- dern diesen Ansatz. 3. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Abset- zung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 S. 3 LHO).	—	—	—	2 607
546 11 011	Aufwendungen für Leistungen des Bau- und Liegen- schaftsbetriebs NRW und anderer Dienstleister.	200 000	—	+200 000	—
547 10 011	Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsan- waltschaften.	1 040 000	1 300 000	-260 000	1 010
547 59 960	Ausgaben im Rahmen der Regelung des § 9 Haushalts- gesetz.	—	8 221 600	-8 221 600	7 961

Erläuterungen

Zu Titel 526 30:

Kosten der NS-Dokumentationsstelle in der Justizakademie des Landes NRW in Recklinghausen.

Zu Titel 529 20:

Zur Deckung des Aufwandes der Personalvertretungen nach § 40 Abs. 2 Landespersonalvertretungsgesetz vom 3. 12. 1974 (SGV.NRW. 2035).

Zu Titel 531 11:

Die Mittel sind zur Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial sowie zur Durchführung öffentlichkeitsrelevanter Veranstaltungen bestimmt. Im Einzelnen sind vorgesehen:

- a) Auslagen der Pressedezernenten einschl. Mitgliedsbeiträge im Deutschen Presseclub,
- b) Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der nachgeordneten Dienststellen, Einführung und Verabschiedung von Behördenleitern,
- c) Sonstiges (z. B. Kranzspenden).

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen; eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Zu Titel 531 12:

Die Mittel sind zur Unterrichtung der Bürger über die Aufgaben der Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen bestimmt.

Im Einzelnen sind vorgesehen:

- a) Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial,
- b) Dokumentationen von Fachtagungen, Informationsgesprächen und sonstigen Veranstaltungen,
- c) Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial; dazu gehört insbesondere eine Faltblattreihe des Justizministeriums,
- d) Veröffentlichungen zur Justizstatistik, Gerichtsorganisation, Strafrechtspflege und zum Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen.

Zu Titel 546 11:

Veranschlagt sind u.a. Kosten für Ausschreibungen bei Anmietungen.

Zu Titel 547 10:

Die Mittel sind zur Beauftragung privater Sicherheitsdienste für die Eingangskontrollen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestimmt. Mit dem Haushalt 2013 werden 260.000 € verlagert nach Kapitel 04 240 Hauptgruppe 4.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 EUR	Ansatz 2012 EUR	mehr (+) weniger (-) 2013 EUR	IST 2011 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

631 00 011	Kostenausgleich für Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der HGr. 6 des Kapitels 04 210 überschritten werden.	34 000	34 000	—	32
632 10 059	Anteil des Landes an den Kosten einer Kriminologischen Zentralstelle.	70 000	70 000	—	62
632 20 153	Anteil des Landes an den Betriebskosten der Deutschen Richterakademie.	470 300	413 000	+57 300	383
632 30 011	Anteil des Landes an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme der Personalbedarfsberechnung. Verpflichtungsermächtigung: 500 000 EUR.	—	—	—	—
632 40 059	Anteil des Landes an den Kosten der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter.	43 300	43 300	—	43
681 00 251	Mehraufwandsentschädigung nach § 16d SGB II.	—	—	—	—
685 30 011	Zuschuss des Landes zu den Kosten der Tagung der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung e.V..	40 000	—	+40 000	—

Ausgaben für Investitionen

711 00 871	Kleine Baumaßnahmen. Die Ausgaben dürfen bis zu 100.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 04 410 Titel 711 52 überschritten werden. Verpflichtungsermächtigung: 2 500 000 EUR.	2 660 000	2 660 000	—	1 913
711 13 871	Baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften. Verpflichtungsermächtigung: 1 000 000 EUR.	1 366 700	1 000 000	+366 700	654

Besondere Finanzierungsausgaben

972 10 989	Globale Minderausgaben.	-19 481 600	-11 961 100	-7 520 500	—
------------	---------------------------------	-------------	-------------	------------	---

 Erläuterungen

Zu Titel 631 00:

Nach dem Gesetz zur Lastentragung im Bund-Länder-Verhältnis bei Verletzung von supranationalen und völkerrechtlichen Verpflichtungen vom 05. September 2006 (LastG) sind dem BMJ die Aufwendungen bei Verurteilungen bzw. Vergleichen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu erstatten, soweit die lastenbegründenden Pflichtverletzung im Zuständigkeits- und Aufgabenbereich der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgt ist.

Zu Titel 632 10:

Aus diesem Titel wird der auf das Land NRW entfallende Kostenanteil der Kriminologischen Zentralstelle geleistet. Der veranschlagte Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung des Landes NRW an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle.

Zu Titel 632 20:

Dieser Titel enthält die Mittel der auf das Land NRW entfallenden Betriebskosten der Deutschen Richterakademie für alle Zweige der Gerichtsbarkeit. Der Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung an den Kosten der Deutschen Richterakademie, Tagungsstätten Trier und Wustrau. Die Reisekosten der Tagungsleiter werden aus Titel 525 30 gezahlt.

Zu Titel 632 40:

Nach dem Fakultativprotokoll zum VN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) sind die Länder verpflichtet, eine Nationale Stelle zur Verhütung von Folter zu errichten. Bei dieser Haushaltsstelle ist der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Kosten der Nationalen Stelle veranschlagt.

Zu Titel 711 00:

Die Mittel sind bestimmt für kleine Baumaßnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie den Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz.

Programmplanung	EUR
Barrierefreies Bauen	250.000
baulich/technische Sicherungsmaßnahmen	355.000
Erweiterungsmaßnahmen	229.650
Umbaumaßnahmen - Innenbereich -	1.669.150
Umbaumaßnahmen - Außenbereich -	150.000
Sonstiges	6.200
Zusammen	2.660.000

Zu Titel 711 13:

Veranschlagt sind die Bauausgaben für die baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Verbesserung des baulichen Sicherheitsstandards.

Voraussichtliche Gesamtkosten.	66 524 800	EUR
Verausgabt 1995 bis 2011.	65 158 100	EUR
Bewilligt 2012.	1 000 000	EUR
Veranschlagt 2013.	366 700	EUR
Reinvestitionskosten 2013.	1 000 000	EUR

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2013 EUR	Ansatz 2012 EUR	mehr (+) weniger (-) 2013 EUR	IST 2011 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Titelgruppen
Titelgruppe 60
Ausgaben für die Informationstechnik

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Kapitel 04 210 Titel 632 40 überschritten werden.

511 60	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	4 500 000	4 500 000	—	3 580
518 60	052	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen , Überlassungsvergütungen.	—	—	—	—
526 60	052	Sachverständige und ähnliche Kosten.	500 000	500 000	—	36
538 60	052	Ausgaben für Datenverarbeitung. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO). Verpflichtungsermächtigung: 5 000 000 EUR.	14 371 500	13 731 500	+640 000	19 244
546 60	052	Vermischte Ausgaben. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).	5 600 000	5 600 000	—	1 744
547 60	052	Dienstleistungen von IT.NRW. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Kapitel 04 210 Titel 547 10 überschritten werden.	16 706 500	16 706 500	—	17 643
632 60	011	Anteil des Landes an den Kosten des Betriebs und der Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 04 210 Titel 632 60.	430 000	927 000	-497 000	—
712 60	052	Baumaßnahmen.	—	—	—	—

 Erläuterungen

Zu Titelgruppe 60:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der ehemaligen Titelgruppe 61 (Ausgaben für die Einführung des elektronischen Grundbuchs) sind seit dem Jahr 2011 mitveranschlagt in der Titelgruppe 60.

Zu Titel 511 60:

1. Geschäftsbedarf.	3 000 000 EUR
2. Bücher und Zeitschriften.	— EUR
3. Kommunikation.	1 500 000 EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	— EUR
5. Sonstiges.	— EUR
Zusammen.	<u>4 500 000 EUR</u>

Beschaffung von IT-Vordrucken, Datenträgern, Farbbändern, Endlospapier und Toner für Laserdrucker usw.

Zu Titel 538 60:

Ausgaben für Datenverarbeitung, insbesondere anteilige Kosten für die Pflege übernommener Verfahren und Kosten der Programmerstellung durch Dritte.

Zu Titel 546 60:

Allgemeine Kosten der Vorbereitung und Einführung von IT-Vorhaben, Kosten der IT-Ausbildung und der Anwenderschulung.

Zu Titel 547 60:

Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Landesbetriebs IT.NRW (Providerkosten für den Intranet- und Internetauftritt der Justiz NRW) und der Niederlassungen Hagen und Köln des Landesbetriebs IT.NRW, die vormals im Einzelplan 03 etatisiert waren. Insbesondere von der Niederlassung Hagen werden zentrale Verfahren der Justiz betrieben (Mahnverfahren, Kassenverfahren "JUKOS", Automatisiertes Schuldnerverzeichnis, Register, SoPart u.a.)

Zu Titel 632 60:

Die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) hat die Bereitstellung und den Betrieb eines länderübergreifend genutzten technischen Systems zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung übernommen. Bei dieser Haushaltsstelle sind die Ausgaben für den Anteil Nordrhein-Westfalens an den hierdurch entstehenden Kosten veranschlagt. Siehe auch Veranschlagung für die Gemeinsame Elektronische Überwachungsstelle der Länder (GÜL) bei Kapitel 04 210 Titel 632 60.

Zu Titel 712 60:

Verkabelung von Dienstgebäuden.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2013 EUR	2012 EUR	2013 EUR	2011 TEUR
812 60 052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen. Verpflichtungsermächtigung: 14 000 000 EUR.	26 500 000	25 344 300	+1 155 700	17 379
	Summe Titelgruppe 60.	68 608 000	67 309 300	+1 298 700	59 626

Erläuterungen

Zu Titel 812 60:

Beschaffung von Anlagen und Geräten der Informationstechnik, u.a. Beschaffung von Personalcomputern nebst Peripherie und Software sowie Beschaffung von Kleinrechensystemen, Ausstattung von Arbeitsplätzen mit IT-gerechtem Mobiliar.

Reinvestitionsmaßnahmen

		in EUR
1.	PC-Arbeitsplätze	
1.2	PC-Systeme / Drucker / Monitore	12.885.225
1.3	Ergänzungsausstattung	523.862
1.4	Büro- und Kommunikationssoftware	363.113
1.5	IT-Sicherheitstechnik (Virenschutz pp.)	576.100
zusammen		14.348.300
2.	Server	
2.1	Infrastruktur- und Fachverfahrenserver	2.881.800
2.2	Storage-Systeme	3.200.000
2.3	Zentrale Serversysteme	4.200.000
2.4	RDBMS	1.360.000
zusammen		11.641.800
3.	Mobile DV-Systeme	396.800
4.	Präsentationstechnik	113.100
Zusammen		26.500.000

Reinvestitionszyklus

Wie bereits in den vergangenen Haushaltsjahren wird auch im Haushaltsjahr 2013 weiterhin grundsätzlich von einer 6-jährigen Nutzungsdauer für PC- und Server-Systeme ausgegangen. Bei der Berechnung des Reinvestitionsbedarfs wurde, basierend auf den Erfahrungen des Geschäftsbereichs der vergangenen Jahre, ein Ersatzbedarf für 5 Jahre alte Hardware in Höhe von 15 % veranschlagt.

Erläuterungen

Zu Titelgruppe 62:

Der Rat der Europäischen Union hat im Juni 2007 beschlossen, ein europäisches Justizportal zu schaffen, das als zentraler Einstiegspunkt für alle Justizinformationen auf europäischer Ebene dienen soll. Ausgehend von dieser Initiative, die von Österreich und Deutschland gemeinschaftlich geleitet wurde, ist inzwischen eine Vielzahl von Teilprojekten mit anderen Mitgliedstaaten initiiert worden. Hierzu gehören unter anderem auch die unter der Federführung Nordrhein-Westfalens stehenden Teilprojekte zum Aufbau einer europaweiten "Datenaustauschschicht" im Projekt e-CODEX sowie von technischer Basisinfrastruktur, die für den e-Justice-Bereich genutzt werden kann. In diesen Teilprojekten sollen auch die Ergebnisse aus den bisherigen Förderprojekten zum Aufbau eines "Verteilten Identitätsmanagements (D.I.M.)" und "Bezahlsystem" wiederverwertet werden. Das Projekt bzw. die Teilprojekte werden im Umfang von 80 % der Kosten aus den Haushalten 2007 bis 2013 der Europäischen Union finanziell gefördert. Die Kofinanzierung wird aus bereiten Mitteln des Justizhaushalts bestritten (Kapitel 04 010 und Kapitel 04 020 Titelgruppe 60). Die von der EU geförderten Ausgaben sind bei Titelgruppe 62 veranschlagt, die EU-Förderung wird bei Titel 272 62 vereinnahmt. Neben der EU-Förderung haben einige Mitgliedstaaten angekündigt, das Projekt zusätzlich aus eigenen Mitteln zu unterstützen, welche dann ebenfalls über das jeweils federführende Land zu verausgaben wären. Entsprechende Leistungen werden bei Titel 287 62 vereinnahmt. Da die Höhe der jährlichen Zahlbeträge aus der EU-Förderung im Vorhinein nicht feststeht, werden die Haushaltsstellen der Titelgruppe mit einem Strichansatz versehen. Die Europäische Kommission hat im Rahmen der aktuellen Planungen für ihre laufenden Förderprojekte ab dem Haushaltsjahr 2012 eine inhaltliche, räumliche und finanzielle Ausweitung dieser Projekte beschlossen, die die Ausbringung drei zusätzlicher Planstellen erforderlich macht.

Zu Titel 422 62:**Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen**

Bes. Gr.	Erläuterungen	Zugang	Abgang
B 3	1 neue Planstelle Ministerialrat/Ministerialrätin	1	–
B 2	1 neue Planstelle Ministerialrat/Ministerialrätin	1	–
A 13 h.D.	1 neue Planstelle Regierungsrat/Regierungsrätin	1	–
A 13 h.D.	Hebung von 1 Planstelle Regierungsrat/Regierungsrätin (BesGr. A 13 h.D.) aus 1 Planstelle Oberamtsrat/Oberamtsrätin (BesGr. A 13 g.D.)	1	–
A 13 g.D.	Hebung von 1 Planstelle Oberamtsrat/Oberamtsrätin (BesGr. A 13 g.D.) in 1 Planstelle Regierungsrat/Regierungsrätin (BesGr. A 13 h.D.)	–	1
Zusammen		4	1

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
		2013 EUR	2012 EUR	2013 EUR	2011 TEUR
547 62 052	Dienstleistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik und der Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen und Köln.	—	—	—	—
687 62 052	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland.	—	—	—	469
812 62 052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 62.	—	—	—	756
Titelgruppe 70					
Ausgaben für den "Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen"					
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
422 70 056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	227 400	227 400	—	119
Planstellen					
		2013	2012		
	Bes.Gr. A 16				
	1 1 Leitender/Leitende Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin				
	Auf dieser Stelle kann auch ein Richter/eine Richterin oder ein Staatsanwalt/ eine Staatsanwältin der BesGr. R 1 oder R 2 geführt werden.				
	Bes.Gr. A 12				
	1 1 Regierungsamtsrat/Regierungsamtsrätin				
	Bes.Gr. A 11				
	1 1 Regierungsamtsmann/Regierungsamtsfrau				
	Bes.Gr. A 9				
	2 2 Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin				
	5 5 Planstellen				
	davon				
	— Dienstwohnungsinhaber				
Gliederung nach Laufbahngruppen					
	1 1 Höherer Dienst				
	2 2 Gehobener Dienst				
	2 2 Mittlerer Dienst				
	— Einfacher Dienst				
427 70 056	Kosten für die Beratung durch Sachverständige und Honorarkräfte.	119 500	119 500	—	104
428 70 056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	—	—
547 70 056	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	54 000	50 000	+4 000	17
811 70 052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 70.	400 900	396 900	+4 000	241
	Gesamtausgaben Kapitel 04 020.	126 747 600	136 303 500	-9 555 900	145 322
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 020.	23 900 000	22 440 000	+1 460 000	

Erläuterungen

Zu Titel 422 70:

1. Dienstbezüge.	217 400 EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen.	10 000 EUR
Zusammen.	<u>227 400 EUR</u>

Zu Titel 428 70:

Der Titel dient der getrennten Buchung von Ausgaben für Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Fall einer Stellenführung auf Planstellen bei Titel 422 70.